

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 24 (1983)
Heft: 19

Artikel: Polnisch 1980? Nein, russisch 1983! : Der sibirische Beitrag in der sowjetischen Wirtschaftsdiskussion
Autor: Bruderer, Georg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093578>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Polnisch 1980? Nein, russisch 1983!

**Georg Bruderer
zum Seilziehen
zwischen Verbesserern
und Reformern
in der UdSSR**

Sibirische Akademiker haben in Form einer vernichtenden Wirtschaftskritik eine scharfe Abrechnung mit den gesellschaftlichen Zuständen vorgenommen. Georg Bruderer situiert diese nur im Westen publizierte Studie im Rahmen der sogenannten Reformdiskussion in der UdSSR.

Seit Andropows Machtantritt vor bald einem Jahr hat die Sowjetführung nicht aufgehört, die Zustände in der Volkswirtschaft schonungslos zu kritisieren. Demgegenüber aber sind die Verbesserungsvorschläge alles andere als radikal. Das ist ein Widerspruch, der zu erklären ist: Eine radikale Sanierung müsste echte Veränderungen bedeuten, und diese sind unerwünscht, weil (auch) die Wirtschaft zu sehr mit der Macht verwachsen ist.

Man sieht das schon an der Sprachregelung. Sie scheut selbst die blossen Ausdrücke von Reform oder Revision; sie würden das Eingeständnis enthalten, dass es etwas zu reformieren oder zu revidieren gibt, und das darf nicht sein. Dann schon lieber «Verbesserung» und die floskelhafte «Vervollkommnung» mit Systembewahrung von der Branche an bis überhaupt.

Die Hinterlassenschaft

Die wirtschaftspolitische Bilanz der Breschnew-Ära war in verschiedenen Punkten negativ:

- starke Abnahme der Arbeits- und Staatsdisziplin;
- epidemieartige Ausbreitung der Korruption auf alle Schichten der Gesellschaft, vom Ladenverkäufer bis zum Ministerialdirektor;
- Abnahme der Arbeitsproduktivität;
- permanente Unterproduktion in der Landwirtschaft.

Ein schweres Erbe zu deklarieren, ist immer gut; dann ist der Vorgänger schuld. So hat Andropow schon zehn Tage nach Breschnews Tod vor dem Novemberplenium des Zentralkomitees die bisherige Wirtschaftspolitik angeprangert und gleichzeitig die Notwendigkeit von «Verbesserungen

des wirtschaftlichen Mechanismus» postuliert. Allerdings: «In der Volkswirtschaft gibt es für uns wichtige Aufgaben, aber ich habe keine fertigen Rezepte, um sie zu lösen.»

Andropow spricht nicht von Reformen, sondern von Verbesserungen

Es erwies sich dann, dass Andropow doch seine Rezepte verordnete, aber er suchte sie nicht im Bereich von sozio-ökonomischen Reformen, sondern im administrativ-bürokratischen Bereich. Seine Lösungen zielten nicht eigentlich auf ein besseres System, sondern auf eine bessere Anwendung des Systems. Und so beschloss er disziplinarische Massnahmen gegen Trunkenbolde und Faulenzer, gegen korrupte Handelsfunktionäre und gegen die ungenügende Arbeitsmoral der Bevölkerung. Eine kernige Moralpredigt mit einem Strafenkatalog als Anhang und einem nachgestärkten Kontrollsystem als Einband.

Doch auch als ehemaliger KGB-Chef mit entsprechender déformation professionnelle merkte Andropow nach einem halben Jahr verschärfter Kontrollen und Polizeimassnahmen, dass die Probleme der sowjetischen Volkswirtschaft mit disziplinarischen Mitteln allein nicht zu lösen sind. So weitete man das Thema noch ein bisschen aus und regte eine öffentliche Erörterung von gewissen Grundsätzen der *Wirtschaftslenkung* an. Und schon hatte Andropow im Westen sein Image als «Wirtschaftsreformer». Obwohl er selbst nicht den geringsten Wert darauf legt, als solcher aufzutreten.

Entgegen anderslautenden Darlegungen von Kremlologen, die offenbar aus höherer Eingebung

über die liberalen Neigungen und die Reformfreudigkeit Andropows bestens orientiert sind, hat er selbst das Wort «Reform» nicht gebraucht. Er hat auch nichts von «radikalen Veränderungen des Wirtschaftssystems» gesagt (ein Wunsch, der ihm lediglich im Westen unterstellt worden ist), sondern bloss von «Verbesserungen des Wirtschaftsmechanismus» gesprochen. Das ist nicht nur ein Unterschied der Wortwahl, son-



Partei- und Staatschef Jurij Andropow, der Antireformer auf Verbesserungskurs. Aber seine Wirtschaftskritik hat den Reformbefürwortern den Vorwand gegeben, ihrerseits nicht nur Verbesserungen zu fordern, sondern auch Veränderungen.



«Seit wir in der Eingangshalle die Spielautomaten aufgestellt haben, gibt es weniger Absenzen im Betrieb.»

(«Krokodil», Moskau, Nr. 10/1983)

dern auch der Meinung dahinter. Weder die Ausführungen von Andropow noch die paar von Partei und Regierung in seinem Sinn beschlossenen Massnahmen haben mit «Liberalisierung und Demokratisierung der Sowjetwirtschaft» zu tun, oder mit der Einführung von marktwirtschaftlichen Elementen oder mit der Nachahmung des ungarischen bzw. jugoslawischen Modells.

Natürlich ist es so, dass diese oder jene Regelung à la Ungarn oder à la Jugoslawien im Dunstkreis des Horizonts zum Blickfeld gehört, wenn von Verbesserungen die Rede ist, die andere Leute mit Reformen verwechseln, aber das heisst noch lange nicht, dass die sowjetische Führung sich solche Ziele gesetzt hätte. Von der ungenauen Richtung abgesehen fehlt es an Reichweite; das Visier ist viel kürzer eingestellt.

Ich kann von einer Schnecke in meinem Garten sagen, dass sie die Richtung auf das Nachbargrundstück einschlägt. Aber sogar wenn meine Wahrnehmung stimmt (man muss sich schlechte Lichtverhältnisse vorstellen), tut sie nichts zur Sache: die Schnecke selbst nimmt nämlich nur den Weg zum nächstbesseren Blatt.

Aber es gibt Reformgedanken bei den Fachkreisen

Andropow ist unter den Sowjetführern nicht der erste und nicht der einzige, der über die Notwendigkeit von dringenden Verbesserungen des Wirtschaftsmechanismus spricht. Soweit es um Andropow geht, schreibt er kein neues Kapitel der sowjetischen Wirtschaftsgeschichte. Er redigiert nur wieder mal am alten Text, und wenn die Leute, die ihm über die Schulter gucken, seine reformerische Kühnheit bestaunen, sobald er

drei zusätzliche Ausrufezeichen malt, ist das ihre Sache.

Nun aber müssen wir vermeiden, den umgekehrten Fehler zu machen. Aus der Tatsache, dass Andropow und seine Führerkollegen nicht die Reformen sind, zu denen sie von westerzogenen Ostexperten ernannt werden, ergibt sich nämlich wiederum nicht, dass innerhalb der äusserungsbefugten Sowjetelite keine echten Reformbefürworter vorhanden seien. Sie sind vielmehr durchaus da, und sie zeigen sich sogar.

In dieser Beziehung ist die heutige Wirtschaftsdebatte in der Sowjetunion kein alter Hut. Sie ist neu schon durch ihren blossen Umfang und dann auch durch ihre inhaltlichen Ansätze. Die Diskussion ist über das Thema von nötigen Verbesserungen hinausgediehen bis zum obrigkeitlichen Nichtthema von möglichen Veränderungen, ja, da und dort bis zum Antithema von Alternativen. Und die Teilnehmer an dieser wirklich erweiterten Diskussion sind keine abgeteilten Dissidenten, sondern Wirtschaftsfachleute.

Hier kommt nun ein nachgeschaltetes Reform-Image von Andropow ins Spiel, nicht so vordergründig und zutraulich beschaffen wie das erste. Die Überlegung geht so: Keine Leute, die gute Positionen zu verlieren haben, würden sich trauen, etwas zu postulieren, was der Führung zuwiderläuft. Also haben sie grünes Licht erhalten, also werden sie vorgeschickt, also dürfen sie das sagen, was der Andropow selbst doch nicht sagen will, aber mindestens als Versuchsballon über den bürokratischen Wirtschaftsmief hinweg in reinere Sphären aufsteigen lassen möchte.

Die Argumentation hat bei beliebiger Anwendung etwas für sich und kann sich sogar auf

Präzedenzfälle stützen. Bei einigen, offenbar kontroversen Sachfragen ist man in der UdSSR tatsächlich so vorgegangen: Man liess es zu, dass die Fachleute sich in öffentlichen Streitgesprächen austobten, während das Politbüro selbst bloss in ominösen Wendungen eine Verbesserung der Zustände forderte. So vorbehandelt wurden zum Beispiel die Fragen des zulässigen oder unzulässigen Schwangerschaftsabbruchs, der zulässigen oder unzulässigen Förderung bauerlicher Nebenwirtschaften. So vorbehandelt wird die sicherlich vielschichtige Frage des «Arbeitskräfteausgleichs»: Soll man Industrien in die kinderreichen Gebiete umsiedeln oder kinderreiche Bevölkerungsgruppen in die bestehenden Industriezentren?

Diese ganz verschiedenen Fragen haben aber eines gemeinsam: Sie können so oder anders beantwortet werden, ohne dass das Machtsystem als solches angefochten wird. Bei der Frage nach dem Wirtschaftssystem verhält es sich anders, denn es ist vital mit der Macht verwachsen. Die Forderung nach einer alternativen Wirtschaftsordnung läuft auf die Forderung nach einer alternativen Gesamtordnung hinaus, und das gilt im Prinzip auch für die Einzelteile: Wenn man die Macht total bewahren will, darf man nichts Gegenteiliges einreissen lassen.

Deshalb ist die Annahme, dass Andropow die echten Reformanhänger, zu welchem genauen Zweck auch immer, selbst in die Debatte geschickt habe, eben doch falsch. Fast so gut hätte er die Frage nach der Wohltat seines Rücktritts zur öffentlichen Diskussion stellen können.

Echte Diskussionen in vitalen Angelegenheiten und echte Diktatur von totalitärer Art: reimt sich das? Im Prinzip nein, antwortet Radio Eriwan, aber gibt es bei uns etwas anderes als Ungereimtheiten?

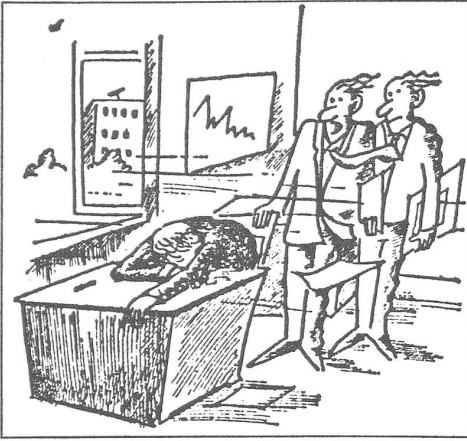
Proportionen und Spielregeln

Man muss die sowjetischen Proportionen und Spielregeln berücksichtigen.

Zum ersten: Auch die wildeste öffentliche Diskussion nimmt in sowjetischen Verhältnissen nicht die extremen Formen an, die in westlichen Verhältnissen noch die zahmste öffentliche Diskussion hat. Umgekehrt funktioniert auch der Totalitarismus nicht total, und «graue Zonen» kommen nicht nur in der Wirtschaft vor, sondern auch in den Publikationen.

Zum zweiten: Es gibt für sowjetische Autoren eine Spielregel, wonach man mehr sagen kann, als eigentlich genehm ist, solange man es nur falsch deklariert. Man schreibt nicht «Im Gegensatz zu den Äusserungen von Andropow finde ich...» usw., sondern man schreibt «Im Sinne der Darlegungen von Ju. W. Andropow und der jüngsten Beschlüsse des Zentralkomitees sind wir alle aufgerufen...», bringt dann seine eigenen Vorschläge in einem abweichenden Sinn und schliesst mit einer neuerlichen Unterstützungsfloskel für die Parteiführung. Wer zensiert da gerne eine Formulierung im Sinne von Ju. W. Andropow?

Das Spiel fördert übrigens objektiv die Verwechslungsmöglichkeiten für aussenstehende Beobachter. Wenn sowjetische Autoren wider besseres Wissen die Parteiführung in ihre eigenen



Als Sicherheitsbeauftragter muss ich verlangen, dass der Sidorow einen andern Arbeitsplatz kriegt. Hier ist Durchzug; da könnte er sich erkälten.

(«Trud», Moskau, 26.7.1983)

Reformabsichten einbeziehen, können es ihnen westliche Autoren mangels besseren Wissens nachtun.

Bei der gegenwärtigen Wirtschaftsdiskussion in der UdSSR ist freilich zu beachten, dass die Initialzündung nur bezüglich disziplinarischer Massnahmen von Andropow kam. Sein heutiges Hauptthema, die Reorganisation der Wirtschaftslenkung, ist von ihm mehr beglaubigt als eingeführt worden.

Veröffentlichte Diskussionsbeiträge

Zu diesem Thema äusserte sich schon vor Andropow der Flugzeugkonstrukteur O. Antonow («Trud», Moskau, 13.3.1983). Dabei bezeichnete er die Planungs- und Wirtschaftsfachleute als Verantwortliche für die wirtschaftliche Misere, weil sie «nicht verstehen können, was Qualität ist» und «in den letzten 20 Jahren nichts getan haben, um die Schädlichkeit der Gesamtproduktionsziffern (russisch «walowaja produkzija» oder abgekürzt «wal») zu erkennen und zu beseitigen». Antonow verwendet den von Akademiemitglied A. Aganbegjan vorgeschlagenen neuen Begriff «Qualiwal» (Qualitäts-Gesamtproduktionsziffer), ein neues Kriterium, in dem Produktionsmenge und Produktqualität vereinigt sind.

Zur gleichen Zeit schrieb das Akademiemitglied O. Bogomolow über die Erfahrungen osteuropäischer Länder mit Wirtschaftsreformen und deren Wert für die Sowjetunion. Bei dieser Gelegenheit erfuhr der sowjetische Leser, dass man in der UdSSR das Studium der osteuropäischen Praktiken in der Wirtschaftslenkung institutionalisiert hat. Unter dem Vorsitz des Staatsplanungschefs ist ein spezieller Rat gegründet worden, um die in der DDR, in Bulgarien und Ungarn praktizierten Methoden zu untersuchen, einschliesslich Spezialitäten der Betriebsorganisation.

Etwas scheinheilig betonte Bogomolow dabei, zu den gemeinsamen Merkmalen der dortigen Massnahmen gehöre namentlich die Stärkung des zentralen Planungssystems. Da die Bestrebungen z.B. in Ungarn auf vermehrte Kompetenzen für

die Betriebe auf Kosten der zentralen Kompetenzen zielen, ist da eher an «Stärkung durch Entlastung» zu denken. Bogomolow schlägt keine weitgehenden Veränderungen vor, mit Ausnahme freilich der Landwirtschaft: Dort sollten die Betriebe selbständiger werden, bei Planungsbeschlüssen mitwirken dürfen, Umfang und Struktur ihrer Produktion selber bestimmen. Den einzelnen Bauern direkt wäre eine Erweiterung ihrer privat bebauten Nebenwirtschaften zuzugestehen.

Beschlossen: Ein abgeäuntes Wirtschaftsexperiment

Was ist als Frucht unterschiedlicher Anregungen von Partei und Wirtschaftsfachleuten bis jetzt zur Tat gediehen? Ein ziemlich typischer Kompromiss möglichst tiefer Ansetzung, und erst noch probeweise.

Ende Juli beschlossen Partei-ZK und Ministerrat gemeinsam die Durchführung eines langfristigen Wirtschaftsexperimentes. Es beschränkt sich auf ausgesuchte Betriebe ausgesuchter Ministerien. Beteiligt sind auf Unionsebene das Ministerium für Schwer- und Transportmaschinenbau sowie das Ministerium für elektrotechnische Industrie, auf der Ebene der einzelnen Sowjetrepubliken das Ministerium für Leichtindustrie in Weissrussland sowie das Ministerium für Nahrungsmittelindustrie in Usbekistan.

Das Wesen des «Experimentes» besteht darin, dass einzelne Betriebe einen Hauch von wirtschaftlicher Selbständigkeit erhalten: Sie werden bei der Planung angehört (ohne Mitbestimmungsrecht), sie können die ihnen zugeteilten Investitionsmittel nach eigenem Ermessen einsetzen, sie setzen die Lohnprämien selber fest, und



Ein Angestellter, der für eine gewisse Zeit einem andern Betrieb ausgeliehen worden ist, meldet sich zurück. Der Direktor erkundigt sich: «Und was für Erfahrungen haben Sie so gemacht bei der Arbeit mit den Nachbarn?» Der Bescheid: «Also im Trinken sind wir nicht schlechter als sie, aber wenn es dann zur Schlägerei kommt, sind sie stärker.»

(«Trud», Moskau, 6.8.1983)



Die Bauarbeiter betrachten das eben fertig erstellte Wohnhaus und geraten ins Philosophieren: «Du, weisst du, was interessant wäre, wenn man es wissen könnte? Was mit unsern Werken in der Zukunft einmal geschehen wird, in einer Million Jahre oder so.»

(«Trud», Moskau, 7.8.1983)

sie können zwecks Arbeitsansporn auch Mittel zum Bau von betriebseigenen Wohnungen freimachen. Das alles sind Kompetenzen, die im Sowjetsystem sonst die übergeordneten Behörden haben.

Das mag für die Verhältnisse der Sowjetführung schon frischer Wind sein, aber vorderhand lässt man darin lediglich den Wimpel flattern und hütet sich, die Segel aufzusetzen. Andropow selbst und die offiziellen Kommentatoren betonen nachdrücklich, dass die Ergebnisse des Wirtschaftsexperimentes «ruhig und ohne Eile» ausgewertet werden müssten, bevor an eine Übertragung auf weitere Wirtschaftszweige zu denken sei. Frei nach dem alten Politwitz: Wenn man den Linksverkehr einführen will, lässt man erst einmal zur Probe die Taxis links fahren.

Die grosse Abrechnung aus Sibirien

Das sind die Konsequenzen, die man bis anhin aus der von oben bis unten gehenden Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen Verhältnissen gezogen hat. Aber nun erweist es sich, dass es Leute gibt, welche die Konsequenzen viel gründlicher zu ziehen gewillt sind. Allerdings nur akademisch, denn sie haben als Wissenschaftler keine staatlichen Massnahmen zu beschliessen.

Wir reden hier von einem Studienpapier, das von den Wirtschaftsexperten der Sibirischen Akademie der Wissenschaften verfasst worden ist.

Interessant ist schon die Art seiner «Veröffentlichung». Man hat es nach dem Muster von Samisdat-Schriften diesen Sommer in Umlauf gesetzt. Gedruckt worden ist es in der Sowjetunion nicht. Von den mutmasslich etwa 70 Exemplaren des 30seitigen Dokumentes sind einige auch im We-

sten aufgetaucht; so hat man hier den Text kennengelernt.

Wie kommt es, dass man die Äusserung einer sowjetoffiziellen höheren Institution so erfährt, als stamme sie aus dem Untergrund?

Man hat hie und da die Vermutung ausgesprochen, es handle sich um eine gezielte Indiskretion zur Stützung von Andropows Bemühungen um die «Verbesserung des Wirtschaftsmechanismus». Das erweist sich als unhaltbar, denn die sibirische Studie zeichnet das planwirtschaftliche System nicht als verbesserungswürdig, sondern als absetzungsreif.

Vernichtende Kritik

Das Dokument enthält eine vernichtende Kritik an den wirtschaftlichen Zuständen der Gegenwart. Das könnte sich zur Not noch mit den zentralen Losungen decken, aber die sibirischen Autoren gehen weiter. Sie bezeichnen die Schlamperei, die fehlende Disziplin und die «strukturellen Missverhältnisse» nämlich lediglich als Symptome. Die Hauptursachen dafür werden im zentralistischen Planungssystem selbst gesucht:

«...genauer, in der Unfähigkeit dieses Systems, die vollständige und effiziente Nutzung des geistigen und materiellen Potentials der Gesellschaft zu gewährleisten.»

Und weiter:

«Das System der zentralisierten administrativen Lenkung der Wirtschaft ist an den Grenzen seiner

Einladung zum Abonnement

Zurücksenden an Administration ZeitBild, Jubiläumsstrasse 41, 3000 Bern 6.

Ich bestelle ein Jahresabonnement **ZEITBILD** zu Fr. 39.— (Ausland sFr. 42.—/DM 48.—).
Erscheinungsweise alle zwei Wochen, Umfang 12 Seiten.

Name	Vorname
Strasse	PLZ, Ort
Datum	Unterschrift

19/83

Leistungsfähigkeit angelangt. Jetzt ist es erforderlich, «automatische» marktwirtschaftliche Regulatoren anzuwenden, um die Produktion wieder ins Gleichgewicht zu bringen.»

Die Verfasser sind realistisch genug, nicht von politischen Systemveränderungen zu sprechen. Sie akzeptieren vielmehr den real existierenden Sozialismus und geben an, sein wohlverstandenes Interesse zu verteidigen:

«Die sozialistische Gesellschaft hat ein dringendes Interesse daran, den Arbeitern in ihrem wirtschaftlichen Verhalten einen grösseren Freiraum zu geben...»

Ähnlich hatte es vor drei Jahren in Polen zur Zeit des Danziger Abkommens zwischen der Regierung und der Arbeiterschaft getönt, wenigstens von seiten der entstehenden Solidarnosc.

Warnung vor Arbeiter-Selbstverteidigung

Bemerkenswert am sibirischen Dokument ist eine Stelle, die bloss schwach versteckt mit der Möglichkeit droht, dass sich die sowjetische Arbeiterschaft selber organisieren könnte, um sich gegenüber der Parteibürokratie durchzusetzen:

«Eine erfolgreiche Lösung dieses (wirtschaftlichen) Problems ist nur auf der Grundlage einer durchdachten gesellschaftlichen Strategie möglich, die gleichzeitig darauf abzielt, jene Gruppen zu aktivieren, die an einer Änderung des bestehenden Zustandes interessiert sind, und jene anderen Gruppen zu blockieren, die bremsend in Erscheinung treten. (...) Die Masse der Facharbeiter (...) verfügt heute über ein wesentlich breiteres Spektrum politischer und ökonomischer Interessen (als früher) und ist in der Lage, die Tätigkeit der wirtschaftlichen und politischen Funktionäre kritisch zu beurteilen. Sie (die Facharbeiter) sind sich ihrer Interessen wohlbewusst, und notfalls sind sie auch bereit, sie zu verteidigen.»

Polnisch 1980? Nein, russisch 1983!

Der sozialistische Staat hat keine Ahnung von den sozialen Zuständen

Und das ist noch nicht einmal das Erstaunlichste an diesem Dokument. Wie weit mit der Wirtschaftskritik die Gesellschaftskritik einhergeht, zeigt sich darin, dass im ruhigen Klartext der eigentlich ungeheuerliche Vorwurf erhoben wird, der sozialistische Staat habe keine Ahnung von den sozialen Verhältnissen auf seinem Territorium:

«Wir wissen absolut nichts über den «Eisberg» der sozialökonomischen Beziehungen, das heisst, nichts über die konkreten Details der sozialen Lage der verschiedenen Gruppen von Werktätigen: Höhe und Herkunft der Einkünfte, Stand der öffentlichen Dienstleistungen, Verbrauchsstruktur usw. Noch weniger kennen wir die besonderen Merkmale des sozialökonomischen Bewusstseins dieser Gruppen: ihre Wertvorstellungen, ihre Bedürfnisse, ihre Interessen.»

Also: 65 Jahre nach der Gründung des Arbeiterstaates weiss seine Führung nicht, wie die Arbeiterschaft lebt, wovon sie lebt, was für Interessen und Wertvorstellungen sie hat. Kein westlicher Antikommunist würde sich mit einer solchen Aussage blamieren wollen, aber sowjetische Akademiemitglieder machen sie im Tonfall einer kühlen Feststellung.

Hier noch einige Zitate, welche die konfliktträchtige Beziehung zwischen Regierten und Regierenden aufzeigen:

«Die Bevölkerung hat auch bei striktester Reglementierung immer eine gewisse Freiheit, auf staatliche Restriktionen zu reagieren, auf Restriktionen, die nicht immer verstanden und schon gar nicht akzeptiert werden. So entsteht die Möglichkeit offener und versteckter Konflikte zwischen gesellschaftlichen und partikularen Interessen. (...) Hoch bewertet werden heute nicht jene Funk-

Klaus Mehnerts neues Buch offenbart auf ungewöhnliche Weise, was die Russen denken und fühlen. Ein fesselnder Bericht über die Stimmung der «Sowjetmenschen».



Klaus Mehnert **Über die Russen heute**
Was sie lesen, wie sie sind
352 Seiten
Gebunden mit Schutzumschlag, DM 34,-

DVA
Deutsche Verlags-Anstalt

Wirtschaftsdiskussion

(Fortsetzung von Seite 5)

tionäre, die am begabtesten, mutigsten und tatkräftigsten sind, sondern immer häufiger jene, welche die gehorsamsten Befehlsempfänger sind, auch wenn sie keine Produktionserfolge aufzuweisen haben. (...) Zu den Hauptquellen der sozialen Spannungen in der Wirtschaft gehören die realen Interessengegensätze zwischen vertikal abhängigen Gruppen.»

Danach ist es nur logisch, dass die Verfasser keine Chance in einer Systemverbesserung sehen, die bloss aus Reparaturen bestehen würde. Und das sagen sie denn auch ausdrücklich:

«Eine Analyse der auf diesem Gebiet gemachten Erfahrungen lässt den Schluss zu, dass es nicht möglich ist, den vor vielen Jahrzehnten entstandenen Mechanismus der Wirtschaftsleitung zu verbessern, indem man seine am meisten veralteten Bestandteile nach und nach durch effizientere austauscht.»

Da braucht man sich wahrhaftig nicht darüber zu wundern, dass dieses Papier den Weg in die sowjetischen Medien nicht finden durfte, selbst wenn man an eine maximale Ausnutzung der sowjetischen «Spielregeln» denkt. Um ihre nachträgliche Einhaltung scheinen sich die Verfasser wenigstens in ihrem Schlusskapitel bemüht zu haben, als hätten sie Angst vor ihrer eigenen Courage gekriegt.

Gezähmte Schlussfolgerungen

Ihre konkreten Vorschläge lesen sich so viel zahlreicher als ihre vorherigen Äusserungen, dass es einem direkt wie ein Stilbruch vorkommt.

«Die Lösung all dieser Aufgaben sollte einem neuen Wissenschaftszweig übertragen werden, der Wirtschaftssoziologie.»

Und diese zu schaffende Fachrichtung sollte dann gesellschaftliches Bewusstsein erforschen, Gesetzmässigkeiten im Gruppenverhalten analysieren, Wechselbeziehungen studieren, interdisziplinär tätig sein und zum Schluss zusammen mit anderen Wirtschaftszweigen «ein Gesamtmodell des sozialen Mechanismus der Wirtschaft ausarbeiten.» Ein sehr ausweichender Behandlungsvorschlag nach der krassen Diagnose zuvor: Der Patient muss dringend operiert werden; wir sollten ein Medizinstudium anfangen.

Gegen vertieftes Studium der wirtschaftlichen Fragenkomplexe samt dem Studium der künftigen Ausbildung von Wirtschaftswissenschaftlern und dergleichen hat auch die Parteipresse nichts einzuwenden; akademische Ausführungen darüber füllen diesen Sommer ihre Spalten auch ohne die Hilfe der sibirischen Akademiker.

Doch im Fall des Papiers aus Nowosibirsk ist das Schlusskapitel wohl einer Schlussfloskel gleichzusetzen; die Meinung ergibt sich aus dem, was vorher kommt. Und das ist mit Sicherheit nicht die Stimme der Parteiführung. ■

Libyen, die Sowjetunion und die Wirren im Nahen Osten

Hilfsmotor Ghadhafi

Der libysche Diktator Ghadhafi hat den Ruf politischer Unberechenbarkeit. Braucht man ihn deshalb nicht ernst zu nehmen?

Am 7. September hat das Jahr 5744 jüdischer Zeitrechnung begonnen. Laut Überlieferung deutet die Zahl auf ein «Jahr der Zerstörung» hin.

Aber Gründe zum Pessimismus gibt es auch ohne Rückgriff auf abergläubische Traditionen zur Genüge. Die Bemühungen um einen innern Frieden in Libanon sowie um eine israelisch-arabische Versöhnung sind steckengeblieben. Die zerstörerischen Kräfte von Krieg und Hass steigern ihre Aggressivität.

Sein Kampf

Am 1. September feierte man in Libyen den Jahrestag des Ghadhafi-Putsches von 1979. Der Führer hielt bei dieser Gelegenheit auf dem Grünen Platz von Tripolis eine Rede, von der man im Westen vermeinte, man brauche ihr keine Beachtung zu schenken. Zu Unrecht. Ghadhafi hat unter anderem

- mit Bombardierung der amerikanischen Stützpunkte gedroht,
- die «islamischen Völker» Ägyptens und des Sudans zum Aufstand gegen ihre Regierungen aufgerufen,
- die Christen und Juden als «Werkzeuge des US-Imperialismus» definiert,
- die multinationale Friedenstruppe in Beirut als «Besetzungs- und Unterdrückungsmacht» bezeichnet.

Man neigt im Westen dazu, solche Sprüche mit einem Achselzucken abzutun. Aber Ghadhafi ist

der reale Diktator einer realen Macht, die von der realen sowjetischen Supermacht unterstützt wird. Was er als «Mein Kampf» verkündet, ist ernst zu nehmen. Er hat nicht nur fette Aufträge an unsere Industrien vergeben. Er hat auch seine eigenen revolutionären Worte in Taten umgesetzt und auf den Wogen der Petrodollars exportiert: Mord und Terror. Er will weitermachen, und er hat das Potential dazu.

Sowjetisch bemannt und bewaffnet

Libyen ist zu einem riesigen Arsenal geworden. Die Waffenlieferungen der UdSSR (aber auch Frankreichs...) haben zwischen 1974 und 1982 den Wert von mindestens 14 Milliarden Dollar erreicht.

Die Sowjetunion hat in Libyen 8 Luftstützpunkte aufgebaut. Sie sichern ihr die Luftkontrolle über grosse Teile Nordafrikas und des Mittelmeers.

Von den Sowjets hat die libysche Armee unter anderem Boden-Boden-Raketen und Langstreckenbomber Tupolew-26 (Tu-26) mit einer Reichweite von etwa 5000 km erhalten, ferner viele Panzer und andere Kriegsfahrzeuge.

Noch stellt sich die Frage, wie aktionsfähig das alles ist. Tatsächlich lassen sich zwei einschränkende Elemente anführen:

- Weder der «Volkserlöser» Ghadhafi noch seine sowjetischen Kriegslieferanten sind bei der Bevölkerung beliebt. Die Libyer sind eine unsichere Machtbasis für den Diktator und seine Protektoren.

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's